

Dresdner Volkszeitung

Postfachnummer: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1908.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postfachnummer: Gb. Kr. 10, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kauzig und Dresden-Jitzkau.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 100.— M., durch die Post bezogen monatlich 100.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 130.— M., Einzelnummer 6.— M.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Reimertplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Reimertplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltenen Nonpareilzeile 20.— M., Familienanzeigen 14.— M., die 9 gespaltenen Reklamezeile 75.— M. Bei mehrmaliger Wochengebung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefmarkenlegung 5 M.

Nr. 221

Dresden, Donnerstag den 21. September 1922

33. Jahrg.

Für den Völkerbund

Kugzburg, 21. September.

Eigene Drahtmeldung

Man kann von diesem Parteitag nicht sagen, daß er elektrischer Spannung voll sei. Die Eröffnungsrede ließ die Einigung in Nürnberg als sicher erscheinen. Man wartet also nur noch auf eine Flut von Anträgen, die erledigt werden müssen. Die Berichterstatter vermieden es, Differenzpunkte herauszuheben und Probleme zur Debatte zu stellen. Der Parteitag gleicht einem, der vor der Verehelichung steht und alle weiteren Entscheidungen bis nach der Hochzeit verschiebt. Um so überraschter war man, als Adolf Braun die kritischen Stimmen, die sich an seinen Bericht knüpften, in seinem Schlußwort in gereizter Verbitterung abzutun suchte. Keine Spur von Ueberlegenheit. Nichts von der humorvollen Toleranz, mit der gerade der Parteiführer jüngeren Generationen gegenüberstehen sollte.

Auch das Referat, mit dem Vogel die umfangreiche und anerkannt wertvolle Tätigkeit der Reichstagsfraktion skizzierte, führte wieder auf die Ebene einer genießbaren Sachlichkeit hinaus. Eine Forderung des Tageskampfes, die Frage der Festigung der Republik, hob sich in den Vordergrund. In der Debatte trat Genosse Ullig, Radeberg, dafür ein, daß die Organisationskörper der Landespolizei nach dem schon weit entwickelten sächsischen Vorbild gestaltet werden und forderte reichsrechtliche Maßnahmen, um die Gemeinden vor dem finanziellen und sozialen Bankrott zu bewahren.

Hermann Wendel schritt das Reichswehrproblem an. Kunden des Wages und der Ironie floßen auf. Herr Goldener, die schwarzweiße Erscheinung mit der schwarzrotgoldenen Wäsche in der Ecke erschien sozusagen auf der Leinwand. Er trat nicht zurück und schirmte der Republik, sondern höchstens ein Wandschirm des Generals v. Seckf. Das Haus spitzte die Ohren. Gesteigerte Stimmung belebte die Situation und hielt sich über die nächsten Stunden hin.

Genosse Joch, entschieden aufstrebend als Vorgesetzter, forderte die Sachverhaltsfassung auf dem Wege einer Goldmarkvermögenssteuer. Genosse Löbe wendete sich mild aber bestimmt gegen Adolf Brauns unduldsames Gebahren vom Vortage und ging dann in der ihm eigenen kultivierten Art vor allem auf das Völkerbundproblem ein. Als Adolf Braun die von ihm verschoffenen Pfeile in kurzer Erklärung sozusagen umzubiegen suchte, hörte die Versammlung kühn zu. Sie wurde erst lebendiger, als Braun an die Reichswehrfrage heranging. Einige Redner hatten erklärt: „Wieder gar keine Reichswehr, als diese ewige Bedrohung der Republik!“ Braun forderte von den Kritikern der Reichswehr mehr Mäßigkeit, denn die Reichswehr sei ein Instrument zur etwaigen Abwehr nach außen. Aber damit wurde die Frage nicht abgetan, wie die Reichswehr ein Paradeferd der inneren Reaktion sein müsse.

Auch Hermann Müller suchte den Groll zu dämpfen. Man könne in der Politik nicht immer die letzte Konsequenz ziehen, es gäbe sonst einen Waffenstillstand von Ministern und von Regierungen. Zugabe — aber die beständige Regierung nicht uns wenig, wenn sich Lebensfragen des Volkes zur Katastrophe auswachsen, weil sie nicht energig angepaßt werden. Wenn Vertreter der Jüngeren in der Partei mehr Schwung und Begeisterung der Sozialdemokratie forderten, so kam man das nicht nur mit dem ewigen Hinweis auf realpolitische Notwendigkeiten ab, noch weniger damit, daß man die Dränger als poetische Redner abstempelt, wie es Genosse Müller mit Wendels Rede tat. Wir wollen die sachlich wohl Abgewogenen gern gelten lassen, aber wenn ihre Auffassung von politischer Poetik richtig wäre, welche gewaltige Poeten wären unsere Parteiführer vergangener Zeiten, wären die Bebel, Jaurès, Viktor Adler gewesen, und wie gern würde man der Sozialdemokratie eine gehörige Dosis dieses Geistes wünschen.

Der Parteitag ließ wenig Raum für solche Erörterungen. Während diese Stellen diskutiert werden, hält Genosse Weis das Einigungsreferat. Es ist die Einleitung zu einem großen historischen Ereignis, das die gewaltigen Massenkräfte zweier sozialistischen Parteien zu einer höheren Einheit verbinden soll.

Kugzburg, 20. September 1922.

Georg Schmidt, Adenau: Die Landwirtschaft ist schuld daran, daß das Umlagegesetz nicht so geschaffen wurde, wie es den landwirtschaftlichen Verhältnissen entspricht. Der Stand des Bodens darf nicht ausschlaggebend sein bei der Feststellung des Preises. Auf Drängen des Zentrums und der Demokraten wurden die kleinen Bauern bei der Erfassung der kleinen Umlage ausgeschlossen. Wir müssen auf die gefühlsmäßige Einstellung der Bauern Rücksicht nehmen. Nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch Industrie, Handel und Gewerbe treiben Wucher. Bei den letzten Wahlen haben die Stimmen für die Partei auf dem Lande wesentlich mehr zugenommen als in den Städten. Wir müssen uns bemühen, die Verhältnisse auf dem Lande zu verstehen. Dann werden wir auch die kleinen Bauern und Landarbeiter auf unsere Seite bringen.

Hermann Wendel, Frankfurt a. M.: Die Einigung bedeutet gefühlsmäßig und in der Schnur der Massen alles; aber die Einigung ist nur ein tönendes Erz und eine klingende Schelle, wenn nicht der feste Wille dahinter steht, sie mit Energie fortzusetzen. (Sehr richtig!) Wir haben aber die feste Hoffnung, daß die Einigung beschleunigt wirken wird. In Deutschland wehrt jeder, außer dem unglückseligen Herrn Seckler, daß die Wehrmacht der Republik leidet eine Krone gegen die Republik ist. (Sehr richtig!) Seit dem Kampftage hat sich eine gewisse Umge-

staltung in der Reichswehr vollzogen. Sie besteht darin, daß aus der Reichswehr alle Elemente herausgedrängt werden, die einer republikanischen Gesinnung verdächtig waren.

Die Reichswehr ist eine sehr ernste innerpolitische und außenpolitische Gefahr.

Wenn einmal der Staat an sein letztes Machtmittel wieder appellieren müßte, wer könnte mit ehrlicher Ueberzeugung sagen, daß die Reichswehr nicht versagen würde? Reichswehrminister Gehler ist eine durchaus schwarzweiße Erscheinung, höchstens mit der schwarzrotgoldenen Wäsche. (Weisfall.) Der Vorkam der Reichswehrminister muß mit einem Offizier besetzt werden, der sich als durchaus republikanisch erweisen hat. (Süddeutscher Weisfall.)

Genosse Jant, Düsseldorf, spricht gegen den Völkerbund, der die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft gefährdet. Auch der Kartellmischer ist ungeheuer. Die Sorgen der Hausfrau sind uns ungemessene gestiegen und erzeugen Verzweiflungssituationen.

Schäpinger, Wünnen: Letzte neue Wehrmacht, die der Verteilung der Republik dienen soll, ist leider nicht zuverlässig genug. Das liegt daran, daß man dem Führerproblem nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt hat. Das Reichswehrministerium muß wieder in die Hände der deutschen Arbeiterschaft kommen. (Weisfall.)

Wartow, Frankfurt a. M.: Wir verlangen, daß die Praxis der Partei mit den Beschlüssen der Parteitage in Uebereinstimmung gebracht werde. In Wirklichkeit ist gesagt worden, daß wir nicht in die Regierung gehen werden, wenn nicht die monarchistischen Offiziere aus der Reichswehr entfernt werden. Nichts ist in dieser Richtung geschehen. Der Parteivorstand darf nicht vor den nächsten Parteitag treten, ohne die Versprechungen von Weisfall erfüllt zu haben. Auch beim Steuerkompromiß sind wir tapfer zurückgewichen. Ohne die Erfassung der Schwerte können wir mit neuen Steuern nicht vor das Volk treten. Auf die Frage der Sozialisierung ist fürchteres Gewicht zu legen.

Wör, Berlin: Es hat in diesen Kreisen unserer Partei eine gewisse Bestimmung darüber gegeben, daß sich die Fraktion mit der Zwangsanleihe an Stelle der Schwerte abfinden müßte. Wir müssen aber im Parlament auch Forderungen erheben, die nicht in den ersten Kapiteln gewonnen werden können. (Sehr richtig!) und wir können nicht immer die letzten Konsequenzen ziehen, wenn unsere Forderungen nicht sofort durchgeführt werden. (Sehr gut!) Als zum ersten Male die Getreidefrage in der Fraktion zur Debatte kam, waren wir uns darüber schlüssig, daß wir an einem bestimmten Preise festhalten und wenn wir nicht durchbringen, die Verantwortung für Not und Teuerung den bürgerlichen Parteien rechts von uns überlassen müssen. In diesem Augenblick kamen

die Schüsse gegen Rathenau.

Es entstand eine neue Situation. Konnten wir da noch sagen, wir überlassen die Verantwortung den anderen? Es muß immer die Wichtigkeit der Fragen gegeneinander abgemessen werden. (Sehr richtig!) Der Fehler liegt darin, daß wir in dem Augenblick, wo wir eine Forderung nicht durchsetzen können, diese Forderung selbst deckeln. Das ist unrichtig. Wir halten an der Forderung der Erfassung der Schwerte fest. Wir kommen damit wieder. Die Wehr der Schwerte werden bei der Rot des Winters vielleicht froh sein, wenn sie mit dem Opfer der Schwerte abkommen und nicht mehr Opfer bringen müssen. Ich hoffe, daß es uns die bevorstehende Einigung ermöglicht, das Schwerkriegsamt unserer Forderungen zu erfüllen. (Sehr richtig!) Wir haben einen Antrag unterbreitet, der die Regierung ermuntern soll, Schritte zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu unternehmen. Wir glauben, daß die Zeit gekommen ist, diejenigen Tendenzen zu unterstützen, die für eine friedliche Vertreibung der Völker eintreten. Geht hat man uns Rechte mit Füßen getreten, gewiß sind die Mittel des Völkerbundes zum Schutze der nationalen Min-

derheiten gering, aber eine Forderung zur Besserung werden wir in der Zukunft am allerwenigsten dadurch erreichen, wenn wir dem Völkerbund fernbleiben.

Joch, Adenau: Das Scheitern unserer Sozialisierungsbestrebungen hat zur Verschärfung unserer Not beigetragen. Die freie Wirtschaft hat völlig versagt. Die Not des Volkes zwingt uns zu Eingriffen in das Wirtschaftsleben, die von ungeheurer Bedeutung sind. Wichtig ist, daß die Fraktion bei ihrer Arbeit von den Massen unterstützt wird. (Sehr richtig!)

Artur Wolfenbühler, Kiel: Die Reichsmarine besteht ausschließlich aus ehemaligen Angehörigen der Brigaden Ehrhard und Loewenfeld. Die republikanischen Elemente wurden völlig aus der Reichswehr entfernt. Das Urteil mancher Marineoffiziere geht dahin, daß die Reichsmarine im gegenwärtigen Augenblick so überflüssig wie nur möglich ist. Gewisse bürgerliche Kreise rechnen aber damit, daß die Reichsmarine die Grundlage zu einer zukünftigen großen Seemacht bildet. Diesen Bestrebungen müssen wir entgegenstreben.

Wentner, Sieglitz: Wir dürfen nichts Unbedeutendes verlangen, auch nicht bezüglich der Teuerung. Soweit sie in dem Verfall der Welt begründet ist, können wir nichts dagegen tun. Nur den Wucher müssen wir bekämpfen.

Adolf Braun (Parteivorstand): Die Parteigenossen sollen nicht so empfindlich sein. Das Problem der Schwerte hatten wir schon in der Nationalversammlung. Damals waren wir härter als heute im Parlament und es ist uns dennoch nicht gelungen, diese Forderung durchzusetzen. Auch ich bin der Meinung, daß die Erfassung der Schwerte eine Notwendigkeit für uns ist. Das Verhängnis für die Agrarfrage ist in der Partei sehr geläufig. Aber ohne irgendwelche Kompromisse für die Herren der Schwerindustrie zu haben, glaube ich doch sagen zu dürfen, daß dort größeres Verständnis für die großen Fragen und nicht der kleinliche Egoismus wie in den Kreisen der Landwirtschaft vorhanden ist. Die Landwirtschaft müssen die Verbesserung ihrer Lebenslage gegen die Agrarier durchsetzen. Der Kampf gegen die Reichswehr ist das Unpolitischste, das ich mir vorstellen kann. Wir müssen den Soldaten in der Reichswehr beweisen, daß wir ihre Freunde sind. (Sehr richtig!) Wir sind für die Entlassung, aber daß wir uns selbst entlassen sollen, ist wirklich nicht unsere Aufgabe. Anders steht es mit der Kriegsmarine. Für diese Spielerei brauchen wir kein Geld auszugeben. (Weisfall.)

Hermann Müller (Parteivorstand): Von der Behandlung der Kulturfragen im Reichstag ist kein Mitglied der Fraktion befreit. Aber die Dinge liegen in Deutschland so, daß wir infolge der schwierigen Lage auf kulturellem Gebiet nicht immer das durchsetzen können, was wir durchsetzen wollen und daß uns die großen außenpolitischen Fragen und die Bourgeoisie noch immer sehr auf den Nerven brennen. Nach dem Weislichen Parteitag haben wir bei den Verhandlungen, die wir über die Regierungsbildung führten, die Forderung der Erfassung der Schwerte in den Vordergrund gestellt. Damals haben alle bürgerlichen Parteien erklärt, daß sie diese Politik nicht mitmachen, wenn nicht die Reparationslasten erleichtert würden. Für uns entstand die Frage, ob wir uns in die Ecke stellen wollten, wenn wir diese Forderung nicht durchsetzen können. Auch in der Frage der Zwangsanleihe haben wir zunächst an der Zwangsanleihe festgehalten. Wenn das in der letzten Zeit nicht der Fall war, so lag das an der Geldknappheit, die überall vorherrschte. Wir haben gar keine Ursache, die Politik des früheren Ministers Rosen gegenüber dem Völkerbund zu verteidigen. Wir haben uns für das Prinzip des Völkerbundes ausgesprochen, allerdings immer mit dem Gedanken, daß der Völkerbund ein wirklicher Völkerbund ist. Selbstverständlich sind wir auch bereit, in den Völkerbund einzutreten und für den Eintritt Deutschlands zu wirken. Wir wollen uns aber nicht darüber läuschen, daß dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der Wille Frankreichs entgegensteht. Nur wenn wir

Deutsche Arbeitskräfte für Frankreich

Dem Stinnes-Abkommen und dem Abkommen der Württembergischen Rohstoff-Gesellschaft u. d. G. mit der französischen Gallini-Gruppe schließt sich ein neues Wiederaufbau-Abkommen an. Zwischen der „Chambre Syndicale des Constructeurs en Ciment Armé“, der 88 der bedeutendsten französischen Bauunternehmergruppen angehören und der Behrer — von Siemens, Bergnigge Baustoffindustrie in Berlin, ist am 14. September in Paris ein Vertrag abgeschlossen worden über ein gemeinschaftlich aufzustellendes Programm für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

1. Die deutsche Gesellschaft, zusammen mit einer Anzahl westdeutscher Firmen, die Bauhoff erzeugen, übernimmt die Beschaffung der gesamten Baumaterialien sowohl auf Grund des Sachleistungsabkommens vom 22. Juli als auch im freien Handel. 2. Die deutsche Gesellschaft übernimmt die deutsche Rolle eines in dem Vertrag fest vorgesehenen Mandatars, dem besonders die Erledigung der gesamten Formalitäten des Sachleistungsabkommens obliegt. Die französische Gruppe gründet eine besondere Baumaterialienbeschaffungsgesellschaft, die sich im französischen Wiederaufbauministerium als französischer Mandatar einschreiben läßt. 3. Der französische Unternehmerverband verpflichtet sich, alle ihm im zerstörten Gebiet übertragenen Arbeiten gemeinschaftlich mit deutschen und internationalen Unternehmergruppen auszuführen.

Die deutsche Gesellschaft übernimmt es durch die ihr angeschlossenen Bauunternehmergruppen unter Führung der „Hörsing-Industrie- und Hochbau, A.-G., Düsseldorf“, mit der deutschen Bauindustrie in Verbindung zu treten, um die Grundlagen für die im Abkommen vorgesehenen Bauausführungen festzulegen. Die beiden Gruppen wählen eine gemeinschaftliche Arbeitskommission, die am 2. Oktober in Paris zusammentritt, um über alle einschlägigen Maßnahmen für die

Durchführung des Wiederaufbauprogramms im nächsten Frühjahr zu verhandeln.

Die französische Gruppe hat ihrer Regierung von dem Abkommen bereits Mitteilung gemacht und die Zustimmung wirksamster Unterstützung erhalten. Soweit das im Stinnes-Lubertac-Vertrag vorgesehene Kohlenabkommen zur Durchführung gelangt, soll es auch dieser Gruppe zugute kommen. Die deutsche Gruppe hat sich verpflichtet, auch von der deutschen Regierung Unterstützung zu erbitten. Die Verhandlungen der beiden Gruppen mit einem neutralen Finanzkonförmium stehen vor dem Abschluß. Eine ganze Reihe französischer Firmen hat für das nächste Jahr zwecks Ausführung der Bauten in Höhe von 336 Millionen Frank bereits ihre Einzelverträge mit der „Lesi“ (Behrer-von-Siemens-Rohmanditgesellschaft) abgeschlossen, damit die nötigen Vorbereitungen in die Wege geleitet werden können.

Der der Berliner Presse übergebene Bericht über dieses Abkommen sagt in seinem Schluß, daß das französische Wiederaufbauministerium einer Verwendung deutscher und internationaler Arbeitskräfte bis zu 50 Prozent der Gesamtarbeiterzahl zugestimmt hat. Nach dem Stand der bereits in Ausführung begriffenen Arbeiten würde es sich um ungefähr 150 000 Arbeiter handeln, wovon nach andern Meldungen 40 000 Deutsche sein sollen.

Der neue amerikanische Zolltarif

Die der deutsch-amerikanische Wirtschaftsverband mitteilt, ist nach einem soeben eingetroffenen Radiotelegramm seiner New Yorker Vertretung das neue amerikanische Zolltarifgesetz vom Präsidenten Harding unterzeichnet worden, so daß es in der Nacht vom 20. zum 21. September in Kraft tritt. Als nach diesem Zeitpunkt aus dem Zolltarif entnommen werden unterliegen nunmehr den neuen Zöllen.